

KONZESSIONSVERTRAG

zwischen

Landeshauptstadt München
Referat für Bildung und Sport
Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen
Bayerstraße 28
80335 München
(Konzessionsgeberin, nachfolgend „KG“ genannt)

und

[Firma]
[Straße]
[PLZ Ort]
(Konzessionsnehmerin, nachfolgend „KN“ genannt)

Gender-Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche oder weibliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

INHALT

§ 1	VERTRAGSGEGENSTAND	1
§ 2	PFLICHTEN DER KONZESSIONSGEBERIN	1
§ 3	PFLICHTEN DER KONZESSIONSNEHMERIN	1
§ 4	BENUTZUNG DES KONZESSIONSGEGENSTANDES.....	3
§ 5	AUSBESSERUNG, BAULICHE UND SONSTIGE VERÄNDERUNG	5
§ 6	INSTANDHALTUNG DER ÜBERLASSENEN RÄUME	6
§ 7	ELEKTRIZITÄT, GAS, WASSER	6
§ 8	HAFTUNG	7
§ 9	UMSATZABHÄNGIGES KONZESSIONSENTGELT	9
§ 10	SICHERHEITSLEISTUNG	9
§ 11	KÜNDIGUNG.....	10
§ 12	KONTROLLE DER LEISTUNGSERBRINGUNG.....	11
§ 13	LEISTUNGSSTÖRUNGEN	11
§ 14	KOOPERATIONSVERPFLICHTUNGEN	12
§ 15	AUFGABENÜBERTRAGUNG AUF DRITTE	12
§ 16	UNTERVERPACHTUNG	12
§ 17	AUTOMATENVERSORGUNG	13
§ 18	VERTRAGSLAUFZEIT	13
§ 19	PREISANPASSUNG	14
§ 20	ZAHLUNGEN	15
§ 21	SONSTIGE BESTIMMUNGEN	15
§ 22	SCHRIFTFORMERFORDERNIS	15
§ 23	SALVATORISCHE KLAUSEL.....	16
§ 24	GERICHTSSTAND	16
	ANLAGENVERZEICHNIS	17

§ 1 VERTRAGSGEGENSTAND

- 1.1 Vertragsgegenstand ist die Schulverpflegung für den / die Standorte [Platzhalter] gemäß Ausschreibungsunterlagen. Der Vertrag beinhaltet die Mittagsverpflegung, Pausenverpflegung und optional die Automatengestellung und -bewirtschaftung. Die Mittagsverpflegung umfasst die Speiseplanerstellung, die Abrechnung, die Produktion / Vorbereitung / Lieferung der Speisen sowie die Speisenausgabe und das Spülen an der Schule. Die Abrechnung erfolgt in direkter geschäftlicher Beziehung zwischen der KN und den Schülern.
- 1.2 Eine Nutzung für private, gewerbliche oder sonstige Zwecke außerhalb der in diesem Vertrag enthaltenen Leistungserbringung ist nicht gestattet. Dies betrifft vor allem die Nutzung der überlassenden Räumlichkeiten zur Produktion und Auslieferung von Speisen an Dritte.
- 1.3 Die KN übt ihren Betrieb im eigenen Namen und auf eigene Rechnung aus.
- 1.4 Die Inhalte der Ausschreibungsunterlagen und das Angebot werden mit Zuschlagserteilung Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 PFLICHTEN DER KONZESSIONSGEBERIN

- 2.1 Die KG stellt die erforderlichen Räumlichkeiten mit infrastruktureller Ausstattung gemäß den Ausschreibungsunterlagen (v.a. Grundrisse / Inventarlisten). Die Einrichtungen werden der KN in einwandfreiem, funktionsgerechtem Zustand lt. Grundrissplänen grundgereinigt zur Verfügung gestellt.
- 2.2 Die KG verschafft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KN in Absprache mit der / den Einrichtungen am jeweiligen Standort im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten freien Zugang für die Anlieferung und Bewirtschaftung.

§ 3 PFLICHTEN DER KONZESSIONSNEHMERIN

- 3.1 Die KN ist für einen reibungslosen Verpflegungs-, Belieferungs- und Ausgabeablauf gemäß den Ausschreibungsunterlagen verantwortlich. Die in der dem Angebot zugrundeliegenden Leistungsbeschreibung darüber hinaus festgeschriebenen Verpflichtungen sind durch die KN einzuhalten.
- 3.2 Die KN ist verpflichtet, alle Tätigkeiten durchzuführen, die für die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Erledigung der ihr übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Die KN hat dabei sicherzustellen, dass die Erledigung der ihr übertragenen Aufgaben entsprechend den jeweils geltenden rechtlichen Bestimmungen sowie entsprechend den behördlichen Auflagen und Bedingungen erfolgt.
- 3.3 Die KN ist verpflichtet, alle etwa überlassenen behördlichen Auflagen und Bedingungen, die mit ihrer Person oder ihren betrieblichen Verhältnissen zusammenhängen (Lebensmittelaufsicht, Gewerbeanzeige / -aufsicht etc.), auf seine Kosten ohne Ersatzanspruch gegenüber der KG fristgerecht zu erfüllen.

- 3.4 Die KN wird sämtliche private und öffentliche Rechte, Genehmigungen, Erlaubnisse und Gestattungen, die für die Erfüllung dieses Vertrages erforderlich sind, einholen bzw. aufrechterhalten. Die KN hat alle Geräte, derer sie sich zur Erbringung der Leistungen bedient, unter Beachtung aller einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, Genehmigungen und / oder Erlaubnisse sowie behördlichen Anordnungen sicher zu betreiben.
- 3.5 Einstellung, Entlohnung und Entlassung des Gastronomiepersonals sind Angelegenheiten der KN. Die KN oder ein von ihr beauftragter Dritter ist verpflichtet, für die Abwicklung dieses Vertrags nur Personal unter Einhaltung aller arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften zu beschäftigen. Das Personal wird von der KN eigenverantwortlich im Rahmen dieses Vertrages eingesetzt, angewiesen und überwacht.
- 3.6 Im Verhinderungsfall des Personals hat die KN die Dienstleistung durch sachkundige Vertretung sicherzustellen und den vereinbarten Personalbesatz einzuhalten. Eine Unterbrechung oder Beeinträchtigung der Bewirtschaftung darf nicht eintreten.
- 3.7 Die KN stellt sicher, dass das Personal während der Arbeit gepflegt und sauber gekleidet ist. Die KN stellt hierzu ihrem Personal die vorgeschriebene Schutz- und Berufskleidung bereit und überwacht die vorschriftsmäßige Anwendung.
- 3.8 Die KN trägt dafür Sorge, dass das Sicherheitskonzept der Schule, soweit es ihren Betrieb betrifft, sämtlichen Mitarbeitern ihres Betriebes bekannt ist und von ihnen umgesetzt wird. Die KN sorgt insbesondere dafür, dass sämtliche Mitarbeiter des Betriebes
- gut sichtbar ein Namensschild an der Kleidung tragen, das sie als Angehörige des Betriebes ausweist
 - sich vor erstmaliger Aufnahme ihrer Tätigkeit im Schuldirektorat vorstellen sofern dies Bestandteil des Sicherheitskonzeptes ist bzw. von der Schulleitung gefordert wird.
- 3.9 Die KN ist verpflichtet, die Regelungen des Mindestlohngesetzes (MiLoG) einzuhalten, insbesondere ihren Mitarbeitern den jeweils nach § 1 MiLoG erforderlichen Mindestlohn zu zahlen. Sofern die KN im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistungen mit Zustimmung der KG Subunternehmer bzw. Verleiher einsetzt, hat sie sicherzustellen, dass auch diese ihren Mitarbeitern den Mindestlohn gem. § 1 MiLoG zahlen und eine entsprechende Verpflichtung an etwaige von ihnen eingesetzte weitere Subunternehmer bzw. Verleiher weiterleiten.
- 3.10 Die KN ist verpflichtet, für jeden ihrer in der Schule tätigen Mitarbeiter ein erweitertes Führungszeugnis vorzuhalten und auf Verlangen vorzulegen.

- 3.11 Die KN darf nur Personen zur Zubereitung von Speisen einsetzen, die vor Arbeitsaufnahme entsprechend § 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz vom Gesundheitsamt oder einen durch das Gesundheitsamt beauftragten Arzt belehrt wurden. Darüber hinaus ist für jeden Mitarbeiter eine Masernschutzimpfung verpflichtend. Beide Nachweise sind durch Bescheinigungen des Gesundheitsamtes oder eines beauftragten Arztes zu erbringen.
- 3.12 Die KN hat die an den jeweiligen Standorten geltende Hausordnung einzuhalten.
- 3.13 Die KN setzt die KG unverzüglich in Kenntnis, wenn Beanstandungen von Lebensmittelkontrolleuren zu einer auch temporären Schließung oder Teilschließung des Produktionsbetriebs der KN führen. Ebenfalls ist die KG von der KN unverzüglich zu informieren, sobald die KN selbst Kenntnis über eine drohende oder bereits erfolgte negative Berichterstattung in den öffentlichen Medien hat.

§ 4 BENUTZUNG DES KONZESSIONSGEGENSTANDES

- 4.1 Die KN darf den Konzessionsgegenstand ausschließlich zu dem in § 1 beschriebenen Vertragsgegenstand benutzen. Jede Änderung des Konzessionsgegenstands bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der KG.
- 4.2 Die Nutzung nicht ausdrücklich überlassener Räumlichkeiten ist nur mit vorheriger Genehmigung durch die KG sowie die örtliche Einrichtungs-/Schulleitung möglich.
- 4.3 Die KN wird die überlassenen Räumlichkeiten und das Inventar pfleglich behandeln und der KG evtl. auftretende Schäden, Mängel und behördliche Beanstandungen unverzüglich mitteilen. Für von der KN, ihren Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen und Lieferanten geschuldete Verluste, Schäden und Mängel, die über eine gebrauchsfällige Abnutzung der Räume und des Inventars hinausgehen, haftet die KN. Der KN obliegen die Verkehrssicherungspflichten innerhalb des Objekts einschließlich aller überlassenen Nebenräume. Die KN hält die KG von allen Ansprüchen frei, die sich aus einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht ergeben können.
- 4.4 Bei Beendigung des Vertrages hat die KN die von der KG zur Verfügung gestellten Einrichtungen vollständig und ordnungsgemäß sowie fachmännisch gereinigt zurückzugeben. Eigene Einrichtungen hat die KN bei Vertragsende auf eigenen Kosten zu entfernen. Für fehlende und beschädigte Inventarteile hat die KN der KG Wertersatz zu leisten.

- 4.5 Die überlassenen Räume und die Nebenräume/-flächen hält die KN in einem reinlichen Zustand und frei von Ungeziefer. Die Reinigung der Küche und der zugehörigen Nebenräume hat die KN auf eigene Kosten durchzuführen. Darüber hinaus hat die KN während der Öffnungszeiten im unmittelbaren Umfeld der Essensausgabe, vor allem zur Vermeidung von Unfallgefahren, grobe Verunreinigungen und Abfälle zu beseitigen bzw. durch entsprechendes Einwirken auf ihre Kunden zu verhindern. Die Pflicht der KG zur Reinigung der Gasträume und der Verkehrsflächen bleibt hiervon unberührt. Leerung, Reinigung und Sichtprüfung des Fettabscheiders werden durch das Referat für Bildung und Sport Geschäftsbereich ZIM, Abteilung QSA, Sachgebiet Pro Q beauftragt. Die technische Wartung und Inspektion des Fettabscheiders obliegt dem Baureferat der Landeshauptstadt München in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Jede Vertragspartnerin haftet für alle Schäden aufgrund von schuldhaften Verletzungen der ihr obliegenden vertraglichen Verpflichtungen.
- 4.6 Die Mitbenutzung der städtischen Schultelefonanlage ist nicht gestattet. Bei Bedarf ist ein externer Telefonanschluss auf Kosten der KN einzurichten.
- 4.7 Zusätzliche Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie Elektrogeräte, die die KN in die Konzession einbringt, müssen den aktuellen Sicherheitsbestimmungen entsprechen.
- 4.8 Der KN und gegebenenfalls ihrem Personal ist der Aufenthalt im Schulgebäude nur zu den üblichen Öffnungszeiten gestattet, wenn nicht im Einzelfall mit der Schulleitung eine Ausnahmeregelung getroffen wurde. In begründeten Fällen, z.B. bei Ferienende, ist der KN im Einvernehmen mit dem Hauptsachwalter / Sachwalter ein Zutritt zum Schulgebäude auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten zu ermöglichen. Der Zugang und der Aufenthalt in den überlassenen Räumlichkeiten bleiben hiervon unberührt.
- 4.9 Die Abfallentsorgung nach geltendem Ortsrecht ist vertragliche Pflicht der KN. Die KG weist die KN darauf hin, dass Gewerbeabfallbesitzer verpflichtet sind, die Menge der Abfälle so gering zu halten und zu trennen wie es den Umständen nach möglich und zumutbar ist. Die KN verpflichtet sich, die Abfallentsorgung gemäß dem jeweils geltenden Abfallortsrecht der Landeshauptstadt München vorzunehmen. Eine ordnungsgemäße Bereitstellung und der Abtransport von Behältnissen zur Speiseabfallentsorgung und die fachgerechte Entsorgung der Speiseabfälle werden durch die KN in eigener Zuständigkeit, Verantwortung und auf eigene Kosten sichergestellt. Die Entsorgung von großen Kartonagen (Verpackungsmüll) erfolgt möglichst über die Rückgabe an die jeweiligen Lieferanten. Im Übrigen können die Restmüll- und die Papiertonnen der Schule mitbenutzt werden.

- 4.10 Die KN hat jährlich einmal das ihm von der KG überlassene Inventar auf seine Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen und eine entsprechende Inventur zu erstellen. Die Erstinventur ist unverzüglich nach Übergabe durchzuführen und die Inventarliste bei der Finanzabteilung des Referates für Bildung und Sport bis spätestens 4 Wochen nach Übergabe abzugeben. Weiter hat die KN jährliche Inventuren bis spätestens 31.12. des jeweiligen Jahres durchzuführen und die jeweils aktuelle Inventarliste bis spätestens 31.01. des Folgejahres bei der Finanzabteilung des Referates für Bildung und Sport unaufgefordert abzugeben. Wird bei der Inventur festgestellt, dass überlassenes Inventar unbrauchbar geworden ist oder fehlt, wird die KN dies der KG unverzüglich anzeigen. Die KG wird dann in Abstimmung mit der KN eine Ersatzbeschaffung veranlassen. Die KG behält sich das Recht vor, bei der Inventur der KN dabei zu sein. Das Inventar ist nach Vorgaben der KG zu kennzeichnen. Hierfür werden die erforderlichen Inventaretiketten seitens der KG gestellt. Nach einer Einweisung seitens der KG sind diese von der KN selbständig nach Erhalt nach den Vorgaben der KG anzubringen.

§ 5 AUSBESSERUNG, BAULICHE UND SONSTIGE VERÄNDERUNG

- 5.1 Die KG darf Ausbesserungen sowie bauliche und sonstige Veränderungen, die zur Erhaltung des Hauses oder der überlassenen Räume oder zur Abwendung drohender Gefahren oder zur Beseitigung von Schäden notwendig werden, auch ohne Zustimmung der KN vornehmen. Dies gilt auch für Arbeiten, die zwar nicht notwendig, aber zweckmäßig sind, z.B. Modernisierung des Gebäudes und der überlassenen Räume. Die KN hat die in Betracht kommenden Räume zugänglich zu halten; die Ausführung der Arbeiten darf von ihr nicht behindert oder verzögert werden. Die Arbeiten sind möglichst mit der KN abzustimmen und so auszuführen, dass unnötige Beeinträchtigungen der KN vermieden werden.
- 5.2 Die KN darf bauliche oder sonstige Veränderungen innerhalb der überlassenen Räume oder an den darin befindlichen Einrichtungen und Anlagen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der KG nicht vornehmen, es sei denn, dass dies zur Abwendung drohender Gefahren notwendig ist. Erteilt die KG eine solche Erlaubnis, so ist die KN für die Einholung der bauaufsichtlichen Genehmigung verantwortlich und hat alle Kosten hierfür zu tragen.
- 5.3 Die KN kann Veränderungen und Einrichtungen, mit denen sie das Vertragsobjekt versehen hat, beseitigen, soweit sie nicht wesentlicher Gebäudebestandteil geworden sind; sie hat dann auf ihre Kosten den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Für Veränderungen und Einrichtungen, die die KN auf eigenen Wunsch im Objekt lässt, kann sie keinen Ersatz oder Ausgleich nach bereicherungsrechtlichen Vorschriften verlangen.
- 5.4 Automaten, Reklamevorrichtungen und dergleichen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der KG angebracht werden.

- 5.5 Schäden, die durch Anbringung, den Bestand oder die Beseitigung solcher Vorrichtungen entstehen, hat die KN auf ihre Kosten zu beheben. Die Haftung für Schäden aller Art (Personen-, Sachschäden), die durch derartige Vorrichtungen entstehen, trägt in vollem Umfang die KN. Dies gilt auch für die von der KN vorgenommenen baulichen und sonstigen Veränderungen.

§ 6 INSTANDHALTUNG DER ÜBERLASSENEN RÄUME

- 6.1 Wartungsarbeiten und Reparaturen obliegen der KG. Schäden am Inventar hat die KN der KG unverzüglich (Hotline Tel.-Nr.: 089/233- 64100 von 6.30 – 18 Uhr, danach Anrufbeantworter) anzuzeigen. § 6 Abs. 3 gilt entsprechend.
- 6.2 Die in den überlassenen Räumen befindlichen Leitungen und Anlagen für Wärmeversorgung, Elektrizität, Wasser und evtl. Gas, die sanitären Anlagen (soweit in den Räumen vorhanden), Schlösser, Rollläden und dergleichen, sind von der KN in gebrauchsfähigem Zustand zu halten, soweit dieses nicht Angelegenheit der KG ist. Zerbrochene Glasscheiben sind von der KN zu ersetzen.
- 6.3 Schäden in den überlassenen Räumen hat die KN der KG unverzüglich anzuzeigen. Für durch verspätete Anzeige verursachte weitere Schäden haftet die KN. Die KN verzichtet auf jeglichen Ersatz von Aufwendungen für Instandsetzungen, die sie vornimmt oder vornehmen lässt, ohne zuvor von der KG Abhilfe in angemessener Frist, längstens jedoch innerhalb 4 Wochen, verlangt zu haben. Dies gilt nicht, wenn die KN zur Abwendung drohender Gefahr gehandelt hat und rechtzeitige Abhilfe seitens der KG nicht zu erlangen war.
- 6.4 Die KN hat Schäden, für die sie eintreten muss, ungeachtet der Bestimmungen in Abs. 2 sofort zu beseitigen. Kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so kann die KG die erforderlichen Arbeiten nach schriftlicher Mahnung und fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist auf Kosten der KN vornehmen lassen. Bei drohender Gefahr oder unbekanntem Aufenthalt der KN bedarf es der schriftlichen Mahnung oder Fristsetzung nicht.
- 6.5 Werden überlassene Räume durch das Verschulden der KN infiziert oder zeigt sich Ungeziefer, so hat die KN die Räume sofort auf eigene Kosten desinfizieren zu lassen.

§ 7 ELEKTRIZITÄT, GAS, WASSER

- 7.1 Die vorhandenen Leitungsnetze für Elektrizität, Gas und Wasser darf die KN nur insoweit in Anspruch nehmen, als dies nach den einschlägigen technischen Vorschriften zulässig und zu dem in § 1 genannten Zweck erforderlich ist. Einen etwa erforderlichen Mehrbedarf kann die KN durch Erweiterung der Zuleitungen auf eigene Kosten nach vorheriger Zustimmung der KG decken.

- 7.2 Bei Störungen oder Schäden an den Versorgungsleitungen hat die KN für sofortige Abschaltung Sorge zu tragen. Sofern sie hierzu nicht in der Lage ist oder wenn die Störung oder der Schaden sich auch auf andere auswirken kann, muss sie die KG unverzüglich benachrichtigen.

§ 8 HAFTUNG

- 8.1 Die Haftung richtet sich, soweit im Vertrag nichts anderes bestimmt ist, nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 8.2 Jede Vertragspartnerin haftet für alle Schäden aufgrund von schuldhaften Verletzungen der ihr obliegenden vertraglichen Verpflichtungen.
- 8.3 Die verschuldensunabhängige Haftung der KG für bei Vertragsschluss vorhandene Sachmängel (Garantiehafftung) ist ausgeschlossen. § 536a Abs. 1 Alt. 1 BGB findet insoweit keine Anwendung.
- 8.4 Die Haftung der KG für Verschulden ist auf Schäden beschränkt, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der KG, ihrer gesetzlichen Vertreter oder ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen. Dies gilt nicht
- für Schäden aus Verletzung des Körpers, des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung,
 - für Schäden aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, vor allem wenn hierdurch der Vertragszweck gefährdet ist,
 - soweit für Schäden eine Versicherung oder Selbstversicherung der KG besteht, oder
 - für Schäden, die auf einem arglistig verschwiegenen Mangel oder dem Fehlen einer vorgespiegelten Eigenschaft beruhen.
- 8.5 Die KN haftet der KG für Schäden, die durch Verletzung der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht schuldhaft verursacht werden; insbesondere auch für Schäden, die durch fahrlässiges oder unsachgemäßes Umgehen mit Wasser-, Gas- oder elektrische Licht- und Kraftleitungen entstehen. Dies gilt auch für Schäden, die entstehen, wenn die überlassenen Räume unzureichend gelüftet, beheizt oder nicht ausreichend gegen Frost geschützt werden und dies von der KN zu vertreten ist. Die KN haftet auch für Schäden, die durch den Verlust der ihr übergebenen Schlüssel entstehen, und muss für deren Neubeschaffung und erforderlichenfalls für den Einbau einer neuen Schließanlage aufkommen.
- 8.6 Die KN haftet gegenüber der KG für Schäden, die der KG durch die KN entstehen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Das gilt auch für Schäden, die Dritten im Zusammenhang mit dem Betrieb der Verpflegungseinrichtung entstehen und / oder sich aus dem Genuss von Speisen und Getränken ergeben. Die KN hat die KG von allen mit der Ausübung ihres Gewerbes zusammenhängenden Inanspruchnahmen der Verpflegungseinrichtungen durch Dritte und von Behörden freizuhalten.

- 8.7 Die KN haftet auch für Schäden, die durch die Nichtlieferung von Speisekomponenten / Lebensmitteln oder Ausgabeschließungen entstehen, insbesondere für Mehraufwendungen, die der KG durch die Sicherstellung einer alternativen Dienstleistung entstehen. Dieses gilt auch für Schäden, die der KG im Falle einer berechtigten fristlosen Kündigung des Vertrages entstehen.
- 8.8 Die KN ist verpflichtet, für die Dauer des Vertrags die erforderliche Haftpflichtversicherung abzuschließen und der KG auf Verlangen, unaufgefordert spätestens jedoch mit Leistungsbeginn, nachzuweisen. Diese muss mindestens folgende Deckungssummen aufweisen:
- a) 5.000.000 € pauschal für Personen- und Sachschäden
 - b) Sowie 2.000.000 € für Vermögensschäden
- 8.9 Das Minderungsrecht der KN und die gesetzliche Beweislastverteilung bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.
- 8.10 Die Versicherung wird von der KN unverzüglich nach Vertragsschluss abgeschlossen und ist der KG unverzüglich nach Vertragsschluss schriftlich nachzuweisen. Die KN wird jährlich unaufgefordert bis zum 31.03. eine entsprechende Bestätigung vorlegen, aus der sich die Verlängerung dieses Versicherungsschutzes ergibt. Die Versicherung ist bis zum Vertragsende aufrecht zu erhalten.
- 8.11 Jeder weitergehende, für erforderlich gehaltene Versicherungsschutz für den überlassenen Bewirtschaftungsbereich, z.B. gegen Einbruch und Diebstahl hinsichtlich von Einrichtungen, Geräten und Waren der KN, ist von der KN auf ihre Kosten selbst abzuschließen.
- 8.12 Die KN stellt die KG hiermit von allen durch Dritte gegen die KG erhobenen Ansprüchen – gleich aus welchem Rechtsgrund – frei, wenn und soweit diese Ansprüche auf der Nicht- oder Schlechterfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag gründen. Dies gilt nicht, wenn und soweit die KN die Nicht- und Schlechterfüllung der Vertragspflichten nicht zu vertreten hat. Die Freistellung sowie die Haftung gegenüber der KG in Haftpflichtfällen umfasst auch Folgeschäden.
- 8.13 Die KN wird in Verträgen mit Dritten, die sie mit der Erfüllung von Verpflichtungen aus diesem Vertrag beauftragt, diesem Vertrag entsprechende Haftungsregeln aufnehmen.
- 8.14 Die KG leistet außerhalb der in diesem Vertrag vorgesehenen außerschulischen Nutzung keine Gewähr dafür, dass die gepachteten Räume den für die vorgesehene Nutzung in Betracht kommenden allgemeinen technischen Anforderungen und den behördlichen Vorschriften entsprechen.

§ 9 UMSATZABHÄNGIGES KONZESSIONSENTGELT

- 9.1 Die KN leistet der KG ein umsatzabhängiges Konzessionsentgelt.
- 9.2 Die Höhe des Konzessionsentgeltes beträgt 4,0% zzgl. Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe der von der Konzessionsnehmerin erwirtschafteten Nettoerlöse aus dem Verkauf von Speisen und Getränken im Rahmen dieser Konzession. Dies umfasst die Erlöse aus der Mittagsverpflegung, der Pausenverpflegung und, sofern zutreffend, der Automatenversorgung. Für den einen Jahresnettoerlös von 100.000 € übersteigenden Betrag bezahlt die Konzessionsnehmerin ein Konzessionsentgelt von 5,0% zzgl. Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe.
- 9.3 Die monatliche Vorauszahlung auf das Konzessionsentgelt beträgt [Platzhalter] €. Die KG ist berechtigt, die Vorauszahlungen auf das Konzessionsentgelt nach einer Abrechnung angemessen anzupassen, wenn der tatsächliche Umsatz vom Vorauszahlungsbetrag um mindestens 10% abweicht.
- 9.4 Die Vorauszahlung auf das Konzessionsentgelt ist monatlich im Voraus am dritten Werktag eines jeden Kalendermonats fällig.

§ 10 SICHERHEITSLEISTUNG

- 10.1 Zur Sicherung sämtlicher Ansprüche aus dem Konzessionsverhältnis leistet die KN eine Sicherheitsleistung in Höhe von Euro 5.000.
- 10.2 Die Sicherheitsleistung besteht in einer Barkaution. Diese legt die KG bei einem Kreditinstitut ihrer Wahl für die Zeit der Hinterlegung verzinslich an. Der Zinssatz entspricht mindestens dem für Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist üblichen. Die Zinsen stehen der KN zu. Sie erhöhen die Sicherheitsleistung, so dass eine Erstattung nach § 13 Abs. 2 Dienstanweisung Sicherheiten und Hinterlegungen der Landeshauptstadt München ausgeschlossen ist.
- 10.3 Die KG gestattet der KN, die Sicherheitsleistung durch Bürgschaft zu leisten. Diese Bürgschaft muss sämtliche Ansprüche der KG aus dem Konzessionsverhältnis sichern und klarstellen, dass auch eine Erhöhung des Konzessionsentgeltes, Ansprüche aus der Beendigung des Konzessionsverhältnisses und Nutzungsentschädigung umfasst sind und dass zur Laufzeit auch mögliche in diesem Vertrag angelegte Verlängerungen gehören. Die Bürgschaft ist selbstschuldnerisch, unbedingt, unbefristet, unwiderruflich sowie unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit und das Recht zur Hinterlegung zu übernehmen. Zulässige Bürgen sind Personen und vor allem Banken, die die Voraussetzungen der Ziffer II.1 Punkt 3 der Anlage 06 (Merkblatt Hinterlegung von Sicherheiten) erfüllen. Die Bürgschaftsurkunde ist der KG im Original zu übergeben. Geht die Bürgschaftsurkunde der KG nicht bis zum Fälligkeitstermin zu, so entfällt das Wahlrecht der KN für die Bürgschaft und es gilt die Barkaution als vereinbart; der nachstehende Absatz gilt auch in diesem Fall.

- 10.4 Erbringt die KN die Sicherheitsleistung nicht vollständig bis zum Fälligkeitstermin, so hat sie keinen Anspruch auf Übergabe des Konzessionsgegenstands und muss trotzdem das Konzessionsentgelt ab dem vereinbarten Konzessionsbeginn bezahlen. Übergibt die KG der KN die Räume trotzdem, so ist die KG zur fristlosen Kündigung des Konzessionsverhältnisses berechtigt, wenn die KN trotz Mahnung mehr als zwei Wochen mit der Leistung der Sicherheitsleistung ganz oder in Teilen in Verzug ist.
- 10.5 Die KG ist während und nach Ende des Konzessionsverhältnisses und auch bei Bestreiten der KN berechtigt, gesicherte Forderungen aus der Sicherheitsleistung zu befriedigen, wenn die KN mit der Zahlung in Verzug gerät. Die KN ist verpflichtet, die Sicherheitsleistung spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Stands des Kautionskontos wieder zu ergänzen, wenn sie während der Dauer des Konzessionsverhältnisses von der KG für ihre Forderungen aus diesem Konzessionsverhältnis in Anspruch genommen wird.
- 10.6 Nach Beendigung des Konzessionsverhältnisses ist die KG verpflichtet, die Sicherheitsleistung zurückzugeben. Der Anspruch der KN auf Rückgewähr der Sicherheitsleistung ist sechs Monate nach Rückgabe des Konzessionsgegenstands fällig. Unabhängig davon kann die KG die Sicherheitsleistung für zu erwartende Nachforderungen des Konzessionsentgeltes zurückbehalten, solange über diese nicht abgerechnet ist und die KN die erforderlichen Unterlagen nach Punkt 1.9.8 der Leistungsbeschreibung noch nicht vorgelegt hat. Abtretung und Verpfändung des Anspruchs auf Rückzahlung der Kaution sind ausgeschlossen.
- 10.7 Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Dienstanweisung Sicherheiten und Hinterlegungen der Landeshauptstadt München. Dieser Vertrag geht den Bestimmungen der Dienstanweisung Sicherheiten und Hinterlegungen vor.

§ 11 KÜNDIGUNG

- 11.1 Beiden Vertragspartnerinnen steht bei Vertragsverletzung ein Kündigungsrecht zu. Die Kündigungsfrist beträgt in diesem Fall sechs Monate zum Ende eines Schuljahres.
- 11.2 Bei erheblicher Vertragsverletzung, deutlichen Qualitätsverlusten in der Produktqualität und / oder Dienstleistungsqualität und / oder Verstoß gegen gesetzlich festgelegte Hygienebestimmungen erfolgt eine schriftliche Abmahnung der KN durch die KG mit der Aufforderung, die Mängel innerhalb einer festgesetzten Frist zu beseitigen. Werden die Mängel innerhalb der gesetzten Frist von der KN nicht behoben, behält sich die KG eine sofortige Kündigung ohne Einhaltung der in Punkt 11.1 genannten Kündigungsfrist vor.

- 11.3 Der Vertrag kann von der KG im Übrigen vor Vertragsablauf bei Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos gekündigt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn die KN
- in Vermögensverfall gerät, insbesondere wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen beantragt oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird.
 - trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Fristsetzung ihre Pflichten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben nicht erfüllt; betrifft die Nichterfüllung nur einzelne Leistungen, so ist ein wichtiger Grund nur dann gegeben, wenn die dadurch eingetretene Leistungsstörung ein derartiges Gewicht hat, dass dadurch oder im Zusammenhang mit anderen Leistungsstörungen eine wesentliche Störung in der ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben insgesamt eintritt; wenn und soweit der KN die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat, liegt ein wichtiger Grund allerdings nur vor, wenn der KG das Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist.
 - ohne Zustimmung der KG schuldhaft von der in dem Angebot vorgesehenen Art der Leistungserbringung abweicht.

§ 12 KONTROLLE DER LEISTUNGSERBRINGUNG

- 12.1 Die KG ist berechtigt, die Erfüllung der auf die KN übertragenen Aufgaben selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Die KN wird der KG oder den von ihr Beauftragten hierzu zu den üblichen Geschäftszeiten Zutritt zu ihren Geschäftsräumen und Einrichtungen geben und die Dokumentation über die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungen zur Verfügung stellen.

§ 13 LEISTUNGSSTÖRUNGEN

- 13.1 Erfüllt die KN ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß, so kann die KG unbeschadet ihrer übrigen gesetzlichen und / oder vertraglichen Ansprüche der KN einmalig schriftlich eine angemessene Frist zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen setzen. Kommt die KN ihren Pflichten innerhalb dieser Frist nicht nach, so ist die KG berechtigt, die Leistungen auf Kosten der KN selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die KN die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

- 13.2 Fälle höherer Gewalt, die die Parteien ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Verpflichtung hindern, entbinden sie bis zum Wegfall der höheren Gewalt von der Erfüllung dieses Vertrags. Die Vertragspartei, bei der ein Fall höherer Gewalt eingetreten ist, hat die jeweils andere Partei unverzüglich hierüber zu unterrichten. Abhilfemaßnahmen sind zwischen den Parteien abzustimmen. Fälle höherer Gewalt sind insbesondere Krieg, innere Unruhen, Erdbeben, Explosionen, Feuer, Pandemien, Streik und rechtlich zulässige Aussperrung sowie andere, von den Parteien jeweils nicht zu vertretende Umstände stehen der höheren Gewalt gleich.

§ 14 KOOPERATIONSVERPFLICHTUNGEN

- 14.1 Die Parteien verpflichten sich, zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und sicheren Aufgabenerledigung jederzeit vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sich in diesem Sinne gegenseitig und rechtzeitig zu informieren und sich über Maßnahmen abzustimmen, die den Regelungsbereich dieses Vertrags berühren.

§ 15 AUFGABENÜBERTRAGUNG AUF DRITTE

- 15.1 Soweit die KN die ihr übertragenen Aufgaben nicht selbst ausführt, kann sie diese teilweise zur Erfüllung an Dritte übertragen. Die Beauftragung eines Dritten, soweit diese Beauftragung nicht bereits im Angebot der KN angegeben ist, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der KG zulässig, sofern es sich nicht um ein mit der KN verbundenes Unternehmen handelt (in diesem Fall ist die KG jedoch im Voraus zu informieren).

§ 16 UNTERVERPACHTUNG

- 16.1 Die KN ist zur Unterverpachtung nicht berechtigt. Der durch vertragswidrige Unterverpachtung erzielte Erlös ist an die KG herauszugeben.

§ 17 AUTOMATENVERSORGUNG

- 17.1 Sollte die KN Automaten aufstellen wollen, sorgt sie für eine fachgerechte Installation der Automaten unter Berücksichtigung baulicher und brandschutztechnischer Auflagen, sowie für die Instandhaltung und Reparatur der Automaten. Der Aufsteller sichert die Automaten bei Aufstellung in geeigneter Weise, so dass keinerlei Gefahr von diesen (z.B. durch Umfallen) ausgeht.
- 17.2 Vor Beginn der Aufstellungsarbeiten verständigt die KN rechtzeitig die Schulleitung. Sie erteilt alle erforderlichen Auskünfte und leistet den Anordnungen der örtlichen Schulleitung und dem Referat für Bildung und Sport (ZIM-ImmoV) Folge.
- 17.3 Die KN trägt die Anschaffungskosten für die Automaten und übernimmt ebenfalls sämtliche anfallenden Kosten für die fachgerechte Aufstellung und Montage. Die Kosten für die notwendigen Zuleitungen von Strom und Wasser trägt die KN. Die KN hält die Automaten stets betriebsbereit, betriebssicher und in technisch einwandfreiem Zustand. Sie führt die erforderlichen Wartungen regelmäßig auf ihre Kosten durch. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit Betrieb, Unterhalt und Instandhaltung der Automaten trägt die KN. Die KN richtet die Automaten so ein, das außerhalb der Öffnungszeiten der Schule (insbesondere während der Ferien) die Beleuchtung und die Kühlung (bei Getränken und Waren, die nicht gekühlt werden müssen) abgeschaltet sind (z. B. durch Zeitschaltuhr oder Bewegungsmelder). Die örtliche Schulleitung kann die Wartung und Instandhaltung der Automaten auf bestimmte Stunden eines Tages beschränken.
- 17.4 Bei der Festlegung des Warenangebots im Automaten hat die KN die Bestimmungen der Leistungsbeschreibung, insbesondere Punkt 1.2.3, zu beachten.

§ 18 VERTRAGSLAUFZEIT

- 18.1 Der Vertrag beginnt am 01.08.2026 und wird für eine feste Laufzeit von 2 Jahren, d.h. bis zum 31.07.2028 abgeschlossen.
- 18.2 Setzt die KN den Gebrauch des Konzessionsobjektes nach Ablauf der Vertragszeit fort, so gilt die Konzession nicht als verlängert. Eine stillschweigende Verlängerung der Konzession nach § 545 BGB ist ausgeschlossen.

§ 19 PREISANPASSUNG

- 19.1 Für die vereinbarte Dienstleistung wird bis zum 31.07.2027 ein Festpreis je Essen / Artikel gemäß Punkt 7 der Anlage 03_Auszufüllende Unterlagen festgelegt.
- 19.2 Für das Folgejahr bis zum Ende der Vertragslaufzeit (01.08.2027 – 31.07.2028) wird die Möglichkeit zur Preisanpassung wie folgt geregelt:
- c) Berechnungsformel:
$$\text{Neuer Preis} = \text{Aktueller Preis} \times (1,00 + 0,35 \times \text{Warenkostenanpassung in \%} + 0,50 \times \text{Personalkostenanpassung in \%} + 0,15 \times \text{Sonst. Betriebskostenanpassung in \%})$$
 - d) Warenkostenanpassungen (Gewichtung 35%)
Gemäß Veränderungen des Verbraucherpreisindex Abteilung 1 (Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke) lt. Publikation des statistischen Bundesamtes. Basiswert für die Anpassung ist der zum Zeitpunkt der Berechnung aktuellste verfügbare Indexwert im Vergleich zum Vorjahreswert (z.B. Juli 2027 im Vergleich zu Juli 2026).
 - e) Personalkostenanpassungen (Gewichtung 50%)
Personalkostensteigerungen können auf Nachweis entsprechend berücksichtigt werden, soweit die KN aufgrund einer Tariflohnerhöhung, sofern sie tarifgebunden ist, oder nach einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, etwa Entgelttarifvertrag des Hotel- und Gaststättentarifvertrages Bayern, eine Tariflohnerhöhung bei ihren Beschäftigten vornehmen muss.
 - f) Anpassung sonst. Betriebskosten (Gewichtung 15%)
Handling analog Warenkosten, Grundlage ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex Gesamtwert.
- 19.3 Sofern sich hieraus Erhöhungen ergeben, ist die KN berechtigt, diese auf den Verkaufspreis umzulegen.

§ 20 ZAHLUNGEN

- 20.1 Zahlungen leistet die KN an die KG (Dienststelle: Kassen- und Steueramt) kostenfrei unter Angabe des Kassenzeichens für das Konzessionsentgelt, des Verwendungszwecks für die Kaution oder des in der Zahlungsaufforderung der KG genannten Kassenzeichens auf folgendes Konto:

Stadtsparkasse München

BIC SSKMDEMMXXX

IBAN DE 86 7015 0000 0000 203 000

Für die Rechtzeitigkeit der Zahlungen kommt es nicht auf die Absendung, sondern auf die Gutschrift auf dem Konto der KG an.

- 20.2 Reichen Zahlungen der KN nicht zur Tilgung sämtlicher Forderungen aus dem Konzessionsverhältnis aus und trifft die KN nicht ausdrücklich eine andere Tilgungsbestimmung, finden § 366 Abs. 2 und § 367 Abs. 1 BGB Anwendung. Danach wird zunächst die fällige Forderung getilgt, unter mehreren fälligen Forderungen diejenige, die der KG die geringere Sicherheit bietet, unter mehreren gleich sicheren die der KN lästigere, unter mehreren gleich lästigen die ältere Forderung und bei gleichem Alter jede Forderung verhältnismäßig; innerhalb dieser Reihenfolge wird die Zahlung der KN zunächst auf die Kosten angerechnet, dann auf die Zinsen und zuletzt auf die Hauptforderung.
- 20.3 Bei Zahlungsverzug ist die KN zur Zahlung der jeweiligen gesetzlichen Verzugszinsen verpflichtet. Die KN schuldet für jede schriftliche Mahnung pauschalisierte Mahnkosten in Höhe von 5,00 €; sie kann jedoch nachweisen, dass Mahnkosten nicht entstanden sind oder wesentlich niedriger sind als die Pauschale. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens bleibt der KG jeweils vorbehalten.

§ 21 SONSTIGE BESTIMMUNGEN

- 21.1 Der KN steht kein Einspruchsrecht gegen Verfügungen der KG über die sonstigen Räume des Anwesens zu. Die KG hat auch freie Hand, an wen und unter welchen Bedingungen sie die übrigen Räume des Anwesens verpachten will.
- 21.2 Die KG und von ihr Beauftragte sind nach rechtzeitiger Voranmeldung zu den üblichen Öffnungszeiten des Schulgebäudes berechtigt, das Vertragsobjekt zu betreten.
- 21.3 Die KN teilt der KG jede Änderung ihrer Adresse unverzüglich mit.

§ 22 SCHRIFTFORMERFORDERNIS

- 22.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform und der Unterschrift beider Vertragspartner.

§ 23 SALVATORISCHE KLAUSEL

- 23.1 Die Nichtigkeit / Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrags berührt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, die mangelhafte Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, deren wirtschaftlicher Sinn und Zweck dem der zu ersetzenden Bestimmung soweit wie möglich entspricht. Satz 1 und 2 gelten für etwaige Lücken dieses Vertrags entsprechend.

§ 24 GERICHTSSTAND

- 24.1 Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist München.

München, den _____, den _____

Konzessionsgeberin
Landeshauptstadt München
Referat für Bildung und Sport

Konzessionsnehmerin

ANLAGENVERZEICHNIS

- 01_Leitfaden
- 02_Leistungsbeschreibung
- 03_Auszufüllende Unterlagen
- 05[a-e / Platzhalter]_Grundrisse
- 06_Merkblatt zur Hinterlegung von Sicherheiten